

NEWSLETTER

POLITIK AUF DEN PUNKT GEBRACHT.

Ausgabe vom 13. Mai 2022



Liebe Leserinnen und Leser,

Inflation, hohe Energie- und Lebensmittel machen das Leben in unserem Land immer teurer. Die Ampel verstrickt sich nach wie vor bei der Inflationsbekämpfung in Ankündigungen und Einzelmaßnahmen. Es bedarf aber jetzt einer gezielten Entlastung der Breite der Gesellschaft.

Inhalt

Bekämpfung der
Inflation

Die Nahrungsmittelknappheit und die steigenden Preise für Lebensmittel bedeuten eine Ausnahmesituation. Die Europäische Kommission hat das Problem erkannt und mit dem Ernährungsnotfallplan den Mitgliedstaaten eingeräumt, Brachflächen für den Anbau – etwa von Brotweizen – freizugeben. Die Agrarminister der Länder waren ebenfalls dafür. Die Bundesregierung ließ allerdings die Chance durch schlichten Fristablauf verstreichen.

Aktuelle Stunde
zur Ernährungs-
sicherheit

Die Auswirkungen des Ukraine-Krieges sind also nach wie vor bei uns spürbar, weswegen wir die Bundesregierung nochmals aufgefordert haben, noch restriktiver mit Sanktionen gegen die russische Politik und ihre Unterstützer vorzugehen.

Weitere Initiativen
der CDU/CSU-
Fraktion

Außerdem hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in dieser Woche klare Position zum geplanten Steuerentlastungsgesetz zur Beibehaltung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes in der Gastronomie und der ermäßigten Biersteuersätze bezogen, da die Bundesregierung hier zu wenig die kleinen und mittleren Brauereien berücksichtigt, wie wir sie auch hier im Landkreis Göppingen haben.

Terminrückschau

Über diese und weitere Themen und Termine berichte ich Ihnen im Folgenden. Alles Gute und bleiben Sie gesund!

Ihr

CDU

Hermann Färber
Hermann Färber MdB

Bekämpfung der Inflation - Leitantrag der Woche

Die derzeitige Inflation ist die höchste seit 40 Jahren. Besonders spürbar sind die hohen Preise an den Tankstellen und bei sonstigen Energiebezügen, aber auch beim täglichen Einkauf im Supermarkt. Zusätzlich schmelzen Sparguthaben und Altersvorsorgen dahin. Die steigenden Inflationserwartungen bergen zudem die Gefahr eines sich selbstverstärkenden Inflationsanstieges.

Sowohl die bisherige Reaktion der Europäischen Zentralbank als auch das Paket der Ampel auf das Inflationsgeschehen sind unzureichend und unausgegoren. Einzelne Maßnahmen – wie etwa das Energiegeld oder das 9-Euro-Ticket – gehen mit unsinnigem bürokratischem Aufwand einher. Gruppen wie Rentner und Studenten werden teilweise gar nicht erreicht.

Mit unserem Antrag „Preissteigerung bekämpfen – Schutzschirm gegen die Inflation“ fordern wir deshalb weitere Schritte: Einen raschen und vollständigen Ausgleich der kalten Progression. Kurzfristige Auszahlung der Energiepauschale, bei gleichzeitiger Ausweitung auf Rentner, Studenten, Bezieher von Lohnersatzleistungen wie zum Beispiel das Elterngeld für junge Familien.

Darüber hinaus braucht es weitere Entlastungen: Für die Jahre 2022 und 2023 müssen wir die Energie-, Strom- und Umsatzsteuer senken – insbesondere für Kraftstoffe. Die Pendler brauchen eine echte und dauerhafte Entlastung.

Für mehr Wettbewerbsfähigkeit und stabile Preise brauchen wir strukturelle Maßnahmen: Beschleunigung von Planungs- sowie Genehmigungsverfahren und konsequenter Abbau von Bürokratie und Investitionshemmnissen. In der Summe ergibt dies einen wirkungsvollen Inflationsschutzschirm.

Links

Link zur Debatte im Deutschen Bundestag:

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw19-de-preissteigerungen-893490>.

Link zum Leitantrag der Woche: „Preissteigerung bekämpfen – Schutzschirm gegen die Inflation“

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/017/2001724.pdf>.

Aktuelle Stunde zur Ernährungssicherung „Hunger vermeiden – Mehr Lebensmittel produzieren statt Ackerflächen stilllegen“

Hauptursache für Ernährungskrisen sind gewaltsame Konflikte, denn sie beeinträchtigen die gesamte Wertschöpfungskette der Nahrungsmittelproduktion. Der Krieg zwischen den großen Weizenexporteuren Ukraine und Russland gefährdet die weltweite Ernährungssicherheit. Wegen aktuell nicht möglicher Lieferungen und absehbarer Ernteauffälle steigen Preise für beispielsweise Weizen stark. Die Befürchtung: Hunger in Entwicklungsländern, vor allem in Nordafrika.

Während andere europäische Staaten ihre Brachflächen für den Anbau von Feldfrüchten wie Brotweizen freigegeben haben, hat die Bundesregierung diese von der EU-Kommission im Ernährungsnotfallplan eingeräumte Möglichkeit verstreichen lassen. Dadurch können in Deutschland rund 800.000 Tonnen Weizen im Jahr nicht geerntet werden, die die Ernährung von mindestens drei Millionen Menschen sichergestellt hätten. Deutschland kann so nicht dazu beitragen, die drohende Hungersnot zu lindern und die Lebensmittelpreise bezahlbar zu halten.

Deswegen fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

- Brachflächen für den Anbau freizugeben.
- Landwirtschaftliche Betriebe zu stabilisieren durch Entlastungen wie die Rücknahme der Kürzung von Zuschüssen zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung.
- Innovative und digitale Lösungen zu nutzen, damit Dünger und Pflanzenschutzmittel noch zielgenauer eingesetzt werden können. Moderne Züchtungsmethoden sorgen außerdem für klimaresistentere Pflanzen und mehr Ertrag.

Link zur Debatte: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw19-de-aktuelle-stunde-hunger-vermeiden-893946>.



Weitere Initiativen der CDU/CSU-Fraktion

Inklusive Arbeitswelt stärken

Ziel muss sein, dass jeder Mensch einen angemessenen Zugang zu den verfügbaren Arbeitsplätzen bekommt. Natürlich stellt dies Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichermaßen in bestimmten Situationen vor größere Herausforderungen. Im Koalitionsvertrag der Ampel-Parteien sind durchaus unterstützenswerte Ansätze für eine inklusive Arbeitsmarktpolitik enthalten. Diese sind allerdings sehr allgemein gehalten. Wir haben in den vergangenen Jahren Fortschritte gemacht, aber leider liegt die Arbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderungen immer noch deutlich über jener von Menschen ohne Einschränkungen.

In unserem Antrag, den wir abschließend in 2./3. Lesung beraten, fordern wir passgenaue Angebote für Menschen mit Behinderungen und ihre Arbeitgeber. Dazu gehören unter anderem die Stärkung der Vermittlung auf den ersten Arbeitsmarkt und Verbesserungen für Inklusionsbetriebe und Werkstätten für behinderte Menschen.

Link zur Debatte: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw19-de-inklusive-arbeitswelt-891916>.

Link zum Antrag: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/010/2001013.pdf>.

Härtere Reaktionen des Rechtsstaats auf den Angriffskrieg Russlands ermöglichen

Unser Antrag enthält Vorschläge, wie sich die Umsetzung der Sanktionen als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine effektiver gestalten lässt. Die Bundesregierung muss einen härteren Kurs bei der Umsetzung von Sanktionsmaßnahmen gegen Russland fahren. Italien hat bereits demonstriert, wie Sanktionen gegen russische Oligarchen umfangreich umgesetzt werden können.

Mit unseren Vorschlägen zielen wir darauf ab, u. a. das Einfrieren von Vermögenswerten zu erleichtern und die Ermittlungsfähigkeit der Sicherheitsbehörden gerade bei unklaren Vermögensverhältnissen zu verbessern – etwa durch die effektive Umsetzung eines Datenbankgrundbuchs. Zudem schlagen wir weitere Maßnahmen vor, um Geldwäsche bei Immobilientransaktionen noch erfolgreicher zu verhindern.

Link zur Debatte: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw19-de-reaktion-angriffskrieg-893504>.

Link zum Antrag: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/017/2001726.pdf>.



Beibehaltung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes in der Gastronomie und der ermäßigten Biersteuersätze.

Für die Gastronomie gilt seit dem 1. Juli 2020 bis gegenwärtig Ende 2022 der ermäßigte Mehrwertsteuersatz in Höhe von 7 Prozent. Anfang 2021 wurde auch die Biersteuer bis Ende 2022 befristet gesenkt. Damit haben wir in der letzten Legislaturperiode einen Beitrag zur Bekämpfung der Corona-Folgen und zur Stärkung der Binnennachfrage geleistet. Beide Ermäßigungen drohen nun Ende 2022 auszulaufen.

Dies gefährdet die Erholung der Gastronomie in unseren Innenstädten und den Fortbestand vieler kleiner Brauereien in der derzeitigen wirtschaftlichen Situation, insbesondere in Bayern, Baden-Württemberg und vor allem auch bei uns im Landkreis, wo wir vielfach kleinere Brauereibetriebe oder Hausbrauereien haben. Mit unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, beide Steuersenkungen dauerhaft fortgelten zu lassen.

Link zur Debatte: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw19-de-mehrwertsteuersatz-893954>.

Link zum Antrag: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/017/2001727.pdf>.

Steuerentlastungsgesetz 2022

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Rentenanpassung 2022 und zur Verbesserung von Leistungen für den Erwerbsminderungsrentenbestand (Rentenanpassungs- und Erwerbsminderungsrenten-Bestandsverbesserungsgesetz) wurde am Freitag in 1. Lesung im Bundestag beraten und zur Weiterberatung an den federführenden Ausschuss für Arbeit und Soziales überwiesen.

Mit dem in 1. Lesung beratenem Gesetzentwurf der Bundesregierung sollen u. a. Arbeitnehmer-Pauschbetrag, Grundfreibeträge und die Entfernungspauschale angehoben werden. Zudem werden Regelungen zur Auszahlung der Energiepreispauschale sowie des Kinderbonus getroffen.

Unserer Ansicht nach weist der Entwurf noch zahlreiche Schwächen auf, die wir mit unserem Entschließungsantrag angehen: Gerade einkommensschwache Haushalte wie z. B. Studenten und Rentner sollen auch die Energiepreispauschale erhalten. Darüber hinaus machen wir Vorschläge, wie sich der Verwaltungsaufwand reduzieren ließe.

Link zur Debatte: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw19-de-rentenanpassung-891906>.

Link zum Gesetzentwurf: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/016/2001680.pdf>.

Rehkitzrettung

Landwirtinnen und Landwirte beginnen derzeit die Wiesen zu mähen. Die Frühjahrsmahd fällt mit der Brut- und Setzzeit vieler Wildtiere zusammen, die in den Wiesen ihren Nachwuchs aufziehen. Mähtermine sollten daher rechtzeitig mit den Jagdpächtern abgesprochen werden, sodass der Schutz der Wildtiere gewährleistet ist. Lokal ist es derzeit so, dass viele Ricken noch tragen, einige haben jedoch schon gesetzt, und das Gras ist hoch genug, sodass die Kitze darin Schutz suchen.

Abhängig von der Witterung leisten vor allem Drohnen wichtige Aufklärungsarbeit. In Kombination mit Infrarot-Technik helfen sie, Jungtiere auf großen Flächen zu lokalisieren. Bei uns im Kreis Göppingen können Sie dazu den Verein SchwabenKitz kontaktieren, der tolle Arbeit leistet. Dort gibt es eine Hotline für die Kitzrettung: 07161/3545888. Sie ist zur Mahd von 08:00 - 20:00 Uhr besetzt und in der restlichen Zeit kann man sich auch per WhatsApp melden.

Link zur Website: <http://www.schwabenkitz.de/>.

Treffen der jagdpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion

Anfang Mai habe ich am Treffen der jagdpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Haus des Waldes in Stuttgart teilgenommen. Auf Initiative meiner Kollegin Sarah Schweizer, Sprecherin für Wald, Forst und Jagd der CDU-Landtagsfraktion Baden-Württemberg, sind die Sprecher der Länder, im Bund und in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament zusammengekommen, um sich über aktuelle jagdpolitische Themen auszutauschen und abzustimmen. Begrüßt hat uns die Parfocehorn-Gruppe der Jägervereinigung Göppingen.



Impressionen der Sitzungswoche



Gespräch mit den Umweltverbänden DNR, NABU, WWF und BUND und meinen MdB-Kollegen Bilger, Weisgerber, Stegemann, Auernhammer und Engelhard zum Thema Ernährungssicherung und Umweltschutz.

Quelle: Hermann Färber

Gespräch mit dem Gesamtverband deutscher Holzhandel (GD Holz) zu r aktuellen Situation der Branche und mit Frau Dr. Stibbe (PETA) zur Reduktionsstrategie für Tierversuche.

Quelle: Hermann Färber



Am Parlamentarischen Abend des Deutschen Bauernverbands (DBV) durfte ich ein Grußwort halten. Thema des Abends waren die Herausforderungen für die deutsche Landwirtschaft und die Anliegen des ländlichen Raums. Insbesondere die aktuellen Herausforderungen - der Klimawandel, der Ukrainekrieg, die Wertschätzung für Landwirte und Lebensmittel - standen im Zentrum des Abends.

Quelle: Hermann Färber

Sitzungswochen in Berlin

09. - 13. Mai 2022

16. - 20. Mai 2022

30. Mai - 03. Juni 2022

Auszüge aus meinem Kalender: Terminvorschau

13. Mai: 75 Jahr-Feier der CDU in Salach

14. Mai: Kreisjahreshauptversammlung der Jungen Union in Göppingen

16. Mai: Parlamentarischer Abend des Deutschen Tierschutzbunds e.V. in Berlin

19. Mai: Gespräch mit Syngenta über die Zukunft der Landwirtschaft in Berlin

24. Mai: Agritalk in der Brasilianischen Botschaft in Berlin

Links

Zu meiner Homepage gelangen Sie hier: www.hermann-faerber.de

Pressemitteilungen

Die aktuellen Pressemitteilungen finden Sie ebenfalls auf meiner Homepage.

Kontakt

Wahlkreisbüro

Heidenheimer Straße 68, 73079 Süßen

Telefon: 07162 3057057

Berliner Büro

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 22 77 36 58

Email: hermann.faerber@bundestag.de